

Dr. Josef Homeyer
Bischof em. von Hildesheim

Versöhnung in Europa zwischen Völkern und Kulturen

Es war schon so etwas wie ein mittleres Erdbeben. Das hatte die Welt noch nicht erlebt: Am 1. Fastensonntag der Jahrtausendwende (12. März 2000) hat der Papst, als Sprecher der Gesamtkirche, Gott um Vergebung für alle Verfehlungen und Sünden, die durch die Christen in den vergangenen 2 Jahrtausenden die Sendung und das Zeugnis der Kirche verdunkelt hatten, gebeten.

Schuldbekennnis und Vergebungsbitte des Papstes kamen nicht aus heiterem Himmel. Es gibt fast 100 Textpassagen der päpstlichen Reden, in denen Papst Johannes Paul II. auf historische Fehler der Kirche eingeht, die im Widerspruch zum Geist des Evangeliums standen. Dabei bezieht er sich auf viele dunkle Kapitel der Kirchengeschichte, bekannte wie Kirchenspaltungen, Kreuzzüge und Inquisition, aber auch weniger bekannte, wie die gewaltsame Durchsetzung von Wahrheitsansprüchen gegenüber anderen Kulturen und Religionen. In der Vorbereitungszeit auf das Heilige Jahr 2000 rief der Papst wiederholt zur „Reinigung des Gedächtnisses“ auf. Bereits in der Ökumenezyklika „Ut unum sint“, (1995), hatte er geschrieben: „...nicht allein die persönlichen Sünden müssen vergeben und überwunden werden, sondern auch jene sozialen, d.h. die eigentlichen „Strukturen“ der Sünde, die zur Spaltung und ihrer Verfestigung beigetragen haben und beitragen können.“ In der Verkündigungsbulle des Großen Jubiläums 2000 „Incarnationis Mysterium“ (29. November 1998) kommt Johannes Paul II. wiederum auf die „Reinigung des Gedächtnisses“ zu sprechen und verlangt das Eingeständnis, dass die Geschichte der Kirche nicht nur eine Geschichte der Heiligkeit ist, sondern auch vom „Antizeugnis“ geprägt und wir alle, auch wenn wir keine persönliche Verantwortung haben, an der Last der Irrtümer und der Schuld derer, die uns vorausgegangen sind, mittragen. Und dann folgt ein mit großer Autorität ausgesprochener Satz: „Als Nachfolger Petri fordere ich, dass die Kirche, gestärkt durch die Heiligkeit, die sie von ihrem Herrn empfängt, in diesem Jahr der Barmherzigkeit vor Gott niederkniet und von ihm Vergebung für die Sünden ihrer Kinder aus Vergangenheit und Gegenwart erfleht.“ – Und dann eben am 12. März 2000 (1. Fastensonntag) die ergreifende Versöhnungsliturgie: Die sieben Schulbekenntnisse wurden von Leitern römischer Dikasterien vorgetragen, die sieben Vergebungsbitte vom Papst selbst. Dabei wurde jeweils ein Licht vor einem Kruzifix entzündet. Kein Zweifel: Der Papst hat mit seinem mutigen Schritt eine Reinigung des Gedächtnisses der Menschheit angeregt.

Es wuchs die Zahl derer in der Kirche, die Mut zu ähnlichen Schritten fassten. Das Vorgehen von Papst Johannes Paul II. hat eine Bewegung mächtig unterstützt, die die Deutsche Jüdin Hannah Arendt 1960 ausgelöst hatte, als sie „Vergebung als politisch notwendige Kategorie“ bezeichnet und festgestellt hatte, nur durch Vergebung könne ein neuer Anfang gesetzt, der Teufelskreis der Rache gesprengt und das freie Miteinander gesichert werden. Es setzte sich zunehmend die Einsicht durch, dass nach den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts das Verschweigen von Schuld zerstörerisch wirkt und schließlich die Demokratie schädigt und dauerhaft belastet.

Könnte sich eine solche „Kultur der Vergebung“ nicht global durchsetzen, wenn die Christen aller Konfessionen die Vergebung, die große Gabe Christi an die Kirche, als ihre Aufgabe begreifen und die gemeinschaftliche Vergebungsbitte des Herrengebetes („vergib uns unsere Schuld“, Mt 6,12) in den „Dienst der Versöhnung“ (2 Kor 5,18) einmünden lassen?

Kultur der Vergebung, der Versöhnung in Europa – drei Zugänge, Beispiele möchte ich ansprechen. Die Versöhnung mit der Orthodoxie und den von ihnen geprägten Kulturen, die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen und einige Anmerkungen zur schwierigen Frage einer Versöhnung zwischen Christentum und Moderne.

Versöhnung zwischen Ost- und Westkirche

(1) Eine der ganz großen Traumata der Kirche ist die Spaltung von Ost- und Westkirche. Gegenwärtig gehören Griechenland und Zypern mit ihren orthodox geprägten Kulturen zur EU. 2007 werden Bulgarien und Rumänien und außerdem Kroatien hinzukommen und einige Jahre später – vielleicht 2014 – vermutlich Serbien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien. Damit werden von der Orthodoxie geprägte Länder mit ihren orthodox imprägnierten Kulturen in der EU größeres Gewicht erhalten und die Beziehungen zwischen den Kirchen des Westens und der Orthodoxie auch von daher neue Bedeutung gewinnen.

Es gilt, einen jahrhundertealten Entfremdungsprozess zu überwinden: Das „morgenländische Schisma“, also die Trennung zwischen Ost- und Westkirche ist nicht ein zu einem bestimmten Zeitpunkt eingetretenes Ereignis, sondern ein Prozess lang anhaltender Entfremdung. Gewiss: Spannungen gab es bereits am Ende des 4. Jh., seit dem ersten Konzil von Konstantinopel (381), wo der Unterschied zwischen der mehr vom Primat des Bischofs von Rom geprägten Struktur der lateinischen und der mehr synodalen Struktur der griechischen Kirche offenbar wurde. Im 7. Jh. gab es einen Streit wegen des „Filioque“ („der aus dem Vater und dem Sohn hervorgeht“) im lateinischen Glaubensbekenntnis, das im gemeinsamen nizäno-konstantinopolitanischen Glaubensbekenntnis nicht enthalten ist. Hinzu kamen politische Irritationen, dass z. B. Basilaus (um 750) die Kirchen in Sizilien und dem byzantinischen Süd-

Italien zum Wechsel vom römischen Patriarchat zum konstantinopolitanischen gezwungen hat.

In der 2. Hälfte des 10. Jh. bemühte sich die konstantinopolitanische Kirche um einen gewissen Vorrang vor den anderen Patriarchaten, Jerusalem, Alexandrien, Antiochien und auch vor Rom (Andreas zeitlich vor Petrus zum Apostel berufen).

Zu einem gewissen Konflikt kam es unter Patriarch Michael Kerularios, ungewöhnlich machtbewusst und eine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte der Patriarchen von Konstantinopel. Papst Leo der IX. schickte eine dreiköpfige Gesandtschaft unter Führung des schroffen Kardinals Humbert von Silva Candida nach Byzanz. Als der Patriarch Michel Kerularios sich dort wenig gesprächsbereit zeigte, legten die Gesandten am 16 Juli 1054 eine Bannbulle in der Hagia Sofia nieder. Der Bannspruch richtete sich nur gegen eine definierte Gruppe von Personen und nicht gegen die gesamte Orthodoxie. Nach Abreise der Gesandtschaft reagierte Patriarch Michael Kerularios seinerseits mit einem Gegenbann, auch gegen bestimmter Personen, aber auch nicht gegen den Papst und die lateinische Kirche.

Die Zeitgenossen betrachteten das Zerwürfnis von 1054 nicht als eine Zäsur. Der Streit fand in den Quellen nur geringen Widerhall und die religiösen Wechselbeziehungen zwischen griechischer und lateinischer Christenheit gingen unvermindert weiter, auch die Eucharistiegemeinschaft. So ist mit 1054 der Beginn des Schismas nicht anzusetzen.

Übrigens waren Ordensleute des Westens-Franziskaner, Dominikaner, Jesuiten – in den östlichen Bistümern bis ins 17. Jh. hinein im seelsorglichen Dienst tätig, Beicht hören, Kommunionsspender eingeschlossen. Und das im Einverständnis mit den orthodoxen Patriarchen. Es gab sogar wechselseitige Hilfe beim Erteilen von Priesterweihen und Bischofsweihen.

Um den Entfremdungsprozess einigermaßen zu verstehen, muss man auch Folgendes bedenken: Gewiss hat die Aufspaltung des Imperium Romanum in eine östliche und eine westliche Reichshälfte (395) – wohl ungewollt – unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West – und auch eben in der Kirche – eingeleitet, zumindest bewirkt. Die Kaiserkrönung Karls des Großen durch Papst Leo III. (800) zerbrach endgültig die zuvor zumindest in der Theorie noch aufrecht erhaltene Einheit des Reiches. Für die Christenheit des 1. Jahrtausends war die Einheit des Reiches eng verbunden mit der Einheit der Kirche, für die – wie die ökumenischen Konzile des 4. und 5. Jahrhunderts zeigen – nicht zuletzt der Kaiser Sorge trug. Aus Sicht der östlichen Patriarchate (Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem) stellte daher die Kaiserkrönung Karls eine erste tiefe Erschütterung auch der Einheit der Kirche dar.

Maßgeblich aber trug unterschwellig die unterschiedliche kulturelle Entwicklung in Ost und West zum gegenseitigen Entfremdungsprozess bei. Die Teilung des Römischen Reiches verlief entlang der Sprachengrenze (griechisch-lateinisch) und führte dazu, dass es auf beiden Seiten immer weniger Menschen gab, die die Sprache der anderen verstanden. „Das Lösegeld für den sprachlichen Provinzialismus“, schreibt Yves Congar, war „ein gewisser Provinzialismus des Denkens, der Anschauungen und Urteile..., eine gewisse Einseitigkeit der theologischen und kanonischen Tradition, kurz: ein schwerer Niedergang des Gemeinschaftsgeistes.“ Macht- und Kulturgrenzen trugen also wesentlich zur gegenseitigen Entfremdung bei und sie sind zugleich für die Unkenntnis der jeweils anderen Tradition verantwortlich.

Hinzu kommen dann Überhöhungen und Einseitigkeiten in der Argumentation auf beiden Seiten: Auf östlicher Seite durch eine Überhöhung des „Filioque“, „einem Grundübel“, das angeblich die theologische Grundlage für alle Fehlentwicklungen der westlichen Kirche in sich birgt und auf westlicher Seite durch eine Überbetonung des päpstlichen Primates.

In der Praxis spielten andere Differenzen eine entscheidendere Rolle, z.B. abweichende liturgische Bräuche und die Bedeutung, die die Liturgie für die Identität der Orthodoxie gewann. In der lateinischen Kirche kam es dann zur zeitlichen Trennung zwischen dem Empfang der drei Initiationssakramente (Taufe, Firmung, Eucharistie), auch der Gebrauch von ungesäuertem Brot bei der Eucharistiefeier. Schließlich kommen im Laufe der Zeit auch unterschiedliche theologische Denksätze hinzu, die den Graben zwischen Ost und West weiter vertieften: Während im Westen durch die Aufnahme aristotelischer Denkkategorien und die von daher entstehende Theologie ab dem 12. Jahrhundert einen gewaltigen Entwicklungsschub auslösten, blieb die byzantinische Theologie weitgehend dem Neuplatonismus treu, was sich bis heute, z. B. in den symbolischen Kategorien des orthodoxen theologischen Denkens zeigt.

(2) Diese schleichende Entfremdung zwischen Ost- und Westkirche führte dann jedoch vor allen aufgrund unglücklicher Ereignisse zu einer Spaltung:

Der 1. Kreuzzug (1069-99) führte entgegen der erklärten Absicht von Papst Urban II., der nämlich (auf Bitten des Patriarchen von Konstantinopel) der orientalischen Christenheit gegen die vordringenden Türken zur Hilfe kommen wollte, zur weiteren Entfremdung zwischen griechischer und lateinischer Kirche. Die Lateiner waren enttäuscht über die nur begrenzte Kooperationsbereitschaft der Byzantiner, denen wiederum die Idee eines Kreuzzuges fremd war. Papst Urban II. sah die Kircheneinheit als noch grundsätzlich bestehend an. Aber bereits sein Nachfolger, Paschalis II., spricht dann 1112 von einem Schisma zwischen Rom und Konstantinopel. Gleichzeitig überwog offensichtlich auch in der griechischen Kirche die Ansicht, die Lateiner seien schisma-

tisch. Verschiedene Vereinigungsbemühungen im weiteren 12. Jh. waren vergeblich. Unüberbrückbar allerdings wurde die Kluft mit der Eroberung und Plünderung Konstantinopels 1204.

Der unglückliche 4. Kreuzzug, der dem Papst völlig entglitten war, und dessen sich venezianische Kaufleute bemächtigt hatten, zog gar nicht nach Jerusalem, sondern nach Konstantinopel, um diese Stadt, das Herz der Orthodoxie, in grausamer Weise zu plündern. Die Stadt wurde ihrer Schätze und Reliquien beraubt, zahllose Menschen ermordet. Wenn auch der damalige Papst den Kreuzfahrern ausdrücklich untersagt hatte, christliche Gebiete anzugreifen und – als er von den Gräueltaten in Konstantinopel erfuhr – das Vorgehen der Truppen scharf verurteilte – war es für viele Orthodoxe eben doch „der Westen“, damit auch die lateinische Kirche, die für das Gemetzel verantwortlich war. Die Erinnerung an diese Eroberung belastet die Beziehung zwischen Orthodoxie und westlichem Christentum bis heute traumatisch. Das byzantinische Reich erholte sich, ungeachtet einer kulturellen Hochblüte im 13./14. Jahrhundert, nicht mehr davon. Das Jahr 1204 zeichnet die endgültige Eroberung Konstantinopels durch die Türken (1453) voraus.

Daher sind der 4. Kreuzzug und die ihm folgende lateinische Herrschaft im Kernland des byzantinischen Reiches, aber dann auch – 250 Jahre später – die ausbleibende Unterstützung Konstantinopels durch westliche Truppen angesichts der wachsenden muslimischen Bedrohung, historische Fakten, die das Verhältnis zwischen Ost und West bis heute belasten.

Die von den Päpsten und von den byzantinischen Kaisern vor der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen angestrebten Kirchenunionen von Lyon (1274) und Florenz (1439) hatten wegen des Widerstandes von Klerus, Klöstern und Volk in Konstantinopel nur kurze Zeit Bestand. Mit dem Fall von Konstantinopel 1453 fanden die Einigungsversuche endgültig ein Ende.

Mit der Eroberung Konstantinopels ging das byzantinische Reich unter. Mehr als 450 Jahre herrschen danach die Osmanen in der alten Hauptstadt des oströmischen Reiches und in weiten Teilen Süd-Osteuropas. Für die orthodoxen Christen in diesen Ländern war diese lange Zeit eine Periode, in der sie zwar als Kirche überleben, nicht aber sich entfalten und entwickeln konnten. Vor allem: Dies führte zur weiteren Isolierung von der westlichen Christenheit und vom Westen, dessen Entwicklung während dieser Zeit (z. B. Aufklärung) von ihnen nicht wahrgenommen und verarbeitet werden konnte.

Und erst in dieser osmanischen Zeit kommt es zum eigentlichen und endgültigen Bruch der Kirchengemeinschaft zwischen Ost und West: Auf der einen Seite das Dekret der römischen Kongregation über die Glaubensverbreitung von 1729, das jede Sakramentengemeinschaft zwischen Katholiken und Orthodoxen untersagt, und auf der anderen

Seite die Enzyklika der griechischen Patriarchen von 1755, worin diese ihrerseits die lateinischen Christen für ungetauft und damit außerhalb der Kirche stehend erklären.

Eine Folge der Nachwirkungen des Osmanischen Reiches ist auch diese: In der osmanischen Zeit kam es zu engen Verbindungen vieler Ortskirchen mit nationalen Widerstandsbewegungen gegen die Türkenherrschaft. Dies führte zu einer engen Verbindung vieler orthodoxer Lokalkirchen mit dem jeweiligen Volk und dem aufkommenden Nationalbewusstsein. Dies wäre in den einzelnen Ländern nachzuzeichnen, z. B. in Serbien mit der für Serben unvergesslichen Schlacht auf dem Amsel-feld, in der den Osmanen der Durchbruch zur Besetzung des ganzen Landes gelang. Auch hier gibt es eine tiefe Enttäuschung, keine Hilfe seitens des Westens erhalten zu haben (Kosovo-Problem!).

(3) Um die tiefe und lange Nachwirkung der geschilderten Ereignisse zu verstehen, ist zu bedenken, dass das orthodoxe Geschichtsbewusstsein sich von dem unsrigen erheblich unterscheidet. Bei uns ist es doch so: Die allmähliche Aufdeckung der Tatsache, dass es vor allem menschliches Verhalten und sündhaftes Machtstreben war, das zur Entfremdung zwischen Ost- und Westkirche und schließlich zur Spaltung geführt hat, ermöglicht es westlichen Kirchenführern, ein Schuldbekenntnis abzulegen, wie es z. B. Papst Johannes Paul II. 2000 getan hat.

Damit ist nach unserem Verständnis in gewisser Weise ein Schlussstrich unter eine leidvolle Vergangenheit gesetzt und der Weg zu einem neuen Miteinander eröffnet.

Orthodoxes Geschichtsdenken ist anders, geht anders mit der Geschichte um. Nicht, dass Orthodoxe besonders „nachtragend“ wären und die Wunden, die im Laufe der Geschichte von westlicher Seite zugefügt wurden, nicht verzeihen könnten, sondern es liegt darin begründet, dass das orthodoxe Geschichtsbewusstsein ein ganz anderes als das unsere ist. Für orthodoxe Christen sind historische Ereignisse nicht einfach Vergangenheit, nicht etwas Abgeschlossenes, sondern etwas, was bis in die Gegenwart hineinwirkt. Am deutlichsten wird das orthodoxe Verständnis von Geschichte in der Liturgie. Immer wieder kommt darin die Formel „jetzt und immerdar und in alle Ewigkeit“ vor. Was für uns wie eine liturgische Formel unter vielen anderen klingt, hat für orthodoxe Christen eine zutiefst theologische Bedeutung: Kirchliches Leben vollzieht sich in der Dimension der Ewigkeit, die unsere zeitlichen Kategorien sprengt. In der orthodoxen Liturgie wird Vergangenes gegenwärtig und Zukünftiges vorweggenommen.

Dieses Denken wirkt sich auch auf das profane Geschichtsbild aus. Die Plünderung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer 1204 ist für viele Orthodoxe bis heute ein Ereignis, das ihr Bild vom „barbarischen Westen“ prägt. Geschichtliche Ereignisse dieser Art sind für orthodoxe Christen präsent, als seien sie erst gestern geschehen.

(1) Der notwendige, aber schwierige und lange Weg der Versöhnung

Im Zuge ökumenischer Annäherung in der 2. Hälfte des 20. Jh., insbesondere während des 2. Vatikanischen Konzils, kam es zunehmend zu intensiveren Gesprächen. Am Vortage des feierlichen Konzilsschlusses, also am 7.12. 1965, haben dann Patriarch Athenagoras I. von Konstantinopel und Papst Paul VI. eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die beiden Bannflüche von 1054 aus dem Gedächtnis der Kirche „getilgt“ werden. Dies geschah als erster Schritt in der Hoffnung auf eine Wiederherstellung der vollen Communio zwischen der konstantinopolitanischen und der römischen Kirche.

Ein weiterer wichtiger Schritt war das Schuldbekenntnis von Papst Johannes Paul II. im Heiligen Jahr 2000, mit der Bitte um Vergebung. In dem Schuldbekenntnis nennt er vorrangig die Sünden gegen die Einheit und Liebe in der Kirche. Als Papst Johannes Paul II. wenige Jahre später bei dem Besuch der griechisch-orthodoxen Kirche in Athen – ausdrücklich an die griechisch-orthodoxe Kirche gerichtet – das Schuldbekenntnis und die Vergebungsbitte nachdrücklich wiederholte, verbesserte dies die Atmosphäre erheblich.

Dennoch: Was sich durch 1000 Jahre so gründlich auseinandergeliebt und auseinanderentwickelt hat und mit tiefen Verletzungen verbunden ist, braucht Zeit zur Versöhnung, zur Heilung, Wiederaufnahme der vollen Communio.

Viele große und kleine Schritte sind noch zu tun. Es ist ein gutes Hoffnungszeichen, dass der in den letzten Jahren unterbrochene theologische Dialog nun wieder aufgenommen werden kann. Wir müssen den großen Reichtum orthodoxer Theologie (z. B. ihre Nähe zu den Kirchenvätern), ihre mystagogische Liturgie, ihre tiefe Spiritualität, etwa die Ikonenfrömmigkeit kennen und schätzen lernen, aber auch die weitgehend unversehrt gebliebene Lebenskultur orthodoxer Länder, deren Wert man im Westen inzwischen wieder besser zu würdigen weiß, etwa die hohe Wertschätzung immaterieller und sozialer Werte wie Gläubigkeit, Gemeinschaftsbewusstsein, Gastfreundschaft, Brauchtumpflege usw. Vor allem müssen wir die geschichtlichen Belastungen und Verwundungen wahr- und ernstnehmen, gegenseitige Vorurteile offen zur Sprache bringen und aufzuarbeiten versuchen, eben aufeinander zugehen und zu verstehen versuchen. Kontakte, (Partnerschaften zwischen Gemeinden) knüpfen – und überzeugt sein: Wir können viel von der Orthodoxie lernen.

(2) Und in allem geht es um den zentralen Dienst der Versöhnung

Gott selbst hat die Botschaft der Versöhnung in Gang gesetzt, in Jesus Christus eine neue Beziehung zwischen Gott und Mensch gestiftet, den Menschen in die „Freundschaft“ mit Gott zurückgeführt, wie Irinäus von Lyon (um 200) sagt. „Wenn jemand in Christus ist, dann ist er eine

neue Schöpfung. Das Alte ist vergangen, Neues ist geworden. Aber das alles kommt von Gott, der uns den Dienst der Versöhnung aufgetragen hat“ (2 Kor 5,17f). Diakonie der Versöhnung ist Fortsetzung, Nachahmung, Nachfolge der Diakonia Christi.

Versöhnung ist dann, die Freundlichkeit Gottes, die freundliche Zuwendung Gottes zur Welt zu bewahren, indem wir auch einander und der Welt „in Freundschaft“ uns zuwenden.

Aber gibt es nicht gerade hier Probleme zwischen uns, zwischen denen im Osten und im Westen? Da gibt es die besorgten und gar nicht freundlichen Fragen im Osten: Ist das neue Europa nicht doch nur ein Prozess der Verwestlichung, ist der Prozess der Verwestlichung nicht in Wahrheit der Prozess der Verweltlichung? Und da gibt es die mindestens ebenso wenig freundlichen Fragen im Westen: Ist die so großartige und beeindruckende östliche, orthodoxe Theologie und Liturgie nicht doch so steil und so hoch angesetzt, dass der Mensch in seiner konkreten gesellschaftlichen und geschichtlichen Not alleingelassen wird? – ein unglückliches Missverständnis seitens des Westens.

So gehen „Orthodoxe“ und „Römer“ manchmal gar nicht so „freundschaftlich“ miteinander um. Das Schlimmste: nur relativ wenige bemühen sich überhaupt, einander zu verstehen. Man interessiert sich nicht einmal mehr füreinander! Soll uns dann jemand die Botschaft von Gottes freundlicher Zuwendung zur Welt, von der Versöhnung, abnehmen?

Wie wäre es aber, wenn wir gemeinsam untereinander den freundlichen Blick wieder lernen würden? Wie wäre es, wenn wir im Westen uns das Lächeln des Ostens neu schenken lassen würden, das Lächeln von Ostern, das uns in jeder Ikone so tief ins Herz reicht, wie den Jüngern damals auf dem Weg nach Emmaus? Wie wäre es, wenn wir in diesem Osterjubiläum der Orthodoxie den unangreifbaren und unverlierbaren Grund unseres Glaubensweges und unseres Kircheseins nachbuchstabieren würden? – Wie wäre es aber auch, wenn die Orthodoxie die Weltfreude des Westens, eines Glaubens, der die Welt liebt, als Nachahmung jenes Geheimnisses der Menschwerdung des ewigen Wortes annehmen könnte? Wie wäre es, wenn diese Freude an der Menschwerdung des ewigen Wortes, Seine freundliche Zuwendung zur Welt sich nicht nur auf das private Religiöse beschränken würde, sondern mit Mut, der in Wahrheit Gnade ist, sich auf die Mitgestaltung aller politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Fragen einließe? Wie wäre es auch, wenn der Glaube von Ostern uns nicht an den Kreuzen der Gegenwart vorbeiführen würde – es sind doch so viele! – Wenn wir uns wie Thomas nicht nur von Christus die Wundmale zeigen ließen, sondern deshalb auch die Wundmale der Menschen sehen lernten, jene Wunden der Armen und Bedrängten, jene Trauer und Angst, der doch die ganze Liebe Christi gilt?

Könnten wir so, also in Nachahmung der Diakonia Christi, Seiner Selbstentäußerung, wie es im Philipperbrief heißt, nicht gemeinsam in

gesellschaftlicher und politischer Diakonie ein gemeinsames Europa Gestalt werden lassen? Wir müssten dann füreinander eintreten. Europa kann dann nicht Verwestlichung heißen, vielmehr wird es Europa nur geben können, wenn alle seine Traditionen, die östlichen, die westlichen – auch die jüdischen übrigens – bewahrt werden. Wir würden dann im Westen empfindlich sein für jeden Angriff auf orthodoxe Traditionen und würden solchen Angriffen mit prophetischer Eindringlichkeit widerstehen. Man würde im Osten das Zeugnis der Kirche des Westens mitten in einer säkularen Welt dankbar in Händen halten und im Gebet beglaubigen. Man würde verstehen, dass die Durchsetzung der universalen Menschenrechte zwar durch die westliche Aufklärung transportiert wurde, aber doch im Christentum wurzelt und ohne den christlichen Glauben gar nicht denkbar wäre. Die Durchsetzung der Menschenrechte wurzelt im westlichen Christentum ebenso wie im östlichen. Die Menschenrechte atmen auch hier mit diesen beiden Lungenflügeln.

Wir könnten wirklich mit freudigem Blick von Gottes freundlicher Zuwendung zur Welt her die Welt so anschauen - miteinander! Ohne Gott hat die Humanität keine Chance. Denn die Weltzeit läuft dann nicht auf Ostern zu, weil sie eben Ostern geboren wurde, sondern sie läuft ins Nichts: Das aber ist der Freifahrtschein zur Auslöschung des Menschen. Leben wir also mit Freude und füreinander neu, was wir Europa und der Welt schulden: Die Diakonie der Versöhnung, die Bezeugung der freundlichen Zuwendung Gottes zur Welt, die versöhnende Selbstentäußerung Gottes in Jesus Christus, die die Welt frei macht, die Diakonia Christi. Dies ist der Kern der Humanität Europas.

Uns auf diese Versöhnung einzulassen - das kann und muss schon sehr konkret werden. Versöhnung könnte ja nicht gelingen, wo verdrängt würde, was versöhnungsbedürftig ist, wenn nicht wahrgenommen würde, was so nicht bleiben darf. Versöhnung meint ja mehr als „Entschuldigung“ oder gar „Wiedergutmachung des Schadens“. Versöhnung meint ja vielmehr: Nämlich die Beziehung soll wieder aufgenommen bzw. geheilt werden. So und nicht anders versteht Gott doch die Versöhnung.

(3) Zum Versöhnungsprozess zwischen Polen und Deutschen

Weihnachten des Jahres 1000 fand die denkwürdige Begegnung zwischen Kaiser Otto III. (bemerkenswerter Weise vom späteren Hildesheimer Bischof Bernward erzogen!) und dem polnischen Fürsten Boleslaw in Gnesen statt. Es war die Geburtsstunde Polens. War das der erste deutsch-polnische Gipfel? Man kann das so sehen. Aber man liest dann das Ereignis aus dem Blickwinkel der Nationalstaaten, ja, man unterstellt gleichsam einen heimlichen Sinn, ein Telos der Geschichte im Nationalstaatlichen und deshalb sei dann alles vorherige auf dieses Nationale hin zu lesen. Schaut man aber genauer hin, so war die Begegnung von Gnesen, also die Begegnung zwischen Otto III. und Fürst Boleslaw, geleitet von der Idee der Politik der *Renovatio*, der Erneuerung des Im-

perium Romanum. Es war nicht nur ein deutsch-polnischer Gipfel, es war ein europäisches Ereignis. Was aus der damaligen Vision, der *Renovatio des Imperium Romanum* geworden ist, können wir hier leider nicht verfolgen, so sehr dies für das Verständnis der Geschichte Europas im letzten Jahrtausend notwendig wäre.

Versuchen wir stattdessen eine traurige Dimension der polnisch-deutschen Geschichte zu skizzieren, die uns den Zugang zu einer zentralen Herausforderung im gegenwärtigen europäischen Einigungsprozess erschließen könnte.

Polen hat sich von Anfang an als Brücke des christlichen Abendlandes zum Osten verstanden. Nach der Besiegung der Osmanen (683 vor Wien) wurde es im westlichen Europa als „Retter des Abendlandes“ gefeiert, auch und gerade in Deutschland. Nur dann kam alles anders. Nach der friedlichen und fruchtbaren Epoche insbesondere vom 14. bis zum 18. Jh. ist in den letzten 250 Jahren die deutsch-polnische Geschichte von Fühllosigkeit, von Leid und himmelschreienden Katastrophen durchzogen. Polen und Deutschland – das war dann für fast 250 Jahre eine Unglücksachse der europäischen Geschichte. Man muss an die drei polnischen Teilungen (1772/1793/1795) erinnern, die für 170 Jahre das polnische Staatswesen zerstört haben. Maria Theresia hat handschriftlich an den Rand des Teilungsdekretes geschrieben: „Plazet, weil so viele große und gelehrte Männer es wollen. Wenn ich schon längst tot bin, wird man erfahren, was aus dieser Verletzung von allem, was bisher heilig und gerecht war, hervorgehen wird.“ Wir haben es erfahren. Angeheizt von nationalistischen Geschichtsschreibungen auf beiden Seiten, wissenschaftlich getarnten Brunnenvergiftungen, wurden über Generationen Mentalitäten der Feindschaft geprägt. Auf polnischer Seite eine tiefe antideutsche Stimmung angesichts des bedrohlichen deutschen „Drangs nach Osten“. So in einem damaligen polnischen Sprichwort: „Solange die Welt ist, wird der Pole dem Deutschen kein Bruder sein.“

Keineswegs eine Drohung, sondern „Ergebnis“ bitterer Erfahrungen. Denn auf deutscher Seite gab es eine unglaubliche Arroganz, einen Dünkel gegenüber den geschichtlich jüngeren Völkern des Ostraumes. So fand General von Seeckt, der Schöpfer der Reichswehr, Polens staatliche Existenz sei für Deutschland unerträglich, für das deutsch-polnische Verhältnis gelte eben der Grundsatz: „*Vita mea - mors dua*“. Hinzu kam das verunglimpfende Polenbild in der deutschen Literatur, z. B. Ernst Moritz Arndt konnte 1848 in einem Artikel schreiben: „Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg: Die Polen und überhaupt der ganze slawische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen...“. Dieses beleidigende Polenbild, das dann noch die nationalpolitisch motivierten Teilungen rechtfertigen sollte, mag ein wenig verständlich machen, dass der Schock der drei Teilungen mit der Vernichtung des Staates als nationale Katastrophe von den Polen empfunden wurde.

Verständlich, dass die polnische Intelligenz damals nach irgendeiner tiefer liegenden Erklärung für diese Katastrophe zu suchen begann.

Der große polnische Dichter Adam Mickiewicz sah in der Mitte des 19. Jh. in seiner Dichtung Polen in seinem Leiden Christus ähnlich. Es sei die messianische Bestimmung des polnischen Volkes, das Leid anzunehmen und den anderen Völkern Europas das wahre religiöse Leben zu bezeugen. Dieser Mythos der messianischen Bestimmung Polens war der literarische Versuch, die geschichtliche Katastrophe zu verarbeiten und dem polnischen Volk Identität und Selbstbewusstsein zu vermitteln. Dieser messianische Mythos ist heftig kritisiert, aber von vielen im polnischen Volk faktisch übernommen worden. Und er taucht in manchen Kreisen von Zeit zu Zeit immer wieder auf. Und von dorthier speist sich offenbar auch das Denken mancher Kreise heute z. B. in der Überzeugung, Polen sei, was wahre Christlichkeit und Moral angehe, zum Zeugnis bestimmt für die Völker Europas – und, Polen müsse eigentlich aufgrund seines Dienstes an Europa (Beendigung des osmanischen Vordringens 1683 vor Wien) und aufgrund seines Leidens durch die Nachbarn, auf besonderes Verständnis, auf besondere Anteilnahme und Hilfe seiner Nachbarn rechnen können.

Nach der neuerlichen Katastrophe des schrecklichsten Vernichtungskrieges vor 60 Jahren und nach der anschließenden unglücklichen Vertreibung der Deutschen aus Polen haben die Polnischen Bischöfe am Ende des II. Vatikanischen Konzils, also vor genau 40 Jahren, in einem bewegenden Brief an ihre deutschen Mitbrüder erklärt: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, was die Deutschen Bischöfe entsprechend beantwortet haben.

Dieses gemeinsame Wort wurde dann auch politisch richtungweisend und nahm vorweg, was 10 Jahre später in Willy Brandts Kniefall in Warschau in eindrucksvoller Weise sichtbar wurde.

Viel ist durch diese gegenseitige Vergebungsbitte ausgelöst worden und geschehen: Zahllose Beziehungen auf allen Ebenen sind entstanden, bis hin zu lebendigen Partnerschaften zwischen Pfarrgemeinden und Diözesen, zwischen Kommunen und Städten, Akademien und Universitäten, zwischen kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen usw. Es hat ein Umdenkungsprozess begonnen.

Gleichwohl gibt es aber noch immer tief sitzende Ängste, Vorurteile und Irritationen auf beiden Seiten, so dass dieser vor 40 Jahren begonnene Versöhnungsprozess noch größerer Anstrengungen auf beiden Seiten bedarf?

Wenn ich den langen Weg dieses Versöhnungsprozesses von 1965 bis heute bedenke – ich durfte diesen Weg ein gutes Stück intensiv mitgehen, ich darf auch sagen: mit nicht wenig Herzblut! – erscheint mir eine Erfahrung zentral: Die Mauern des Schweigens über mehr oder weniger Vorbehalte zwischen unseren Völkern müssen eingerissen werden. Die

historisch-bedingten unglücklichen Fragen, Verletzungen und Verwundungen, Erfahrungen und Befürchtungen müssen angesprochen werden können und dann intensiv erörtert werden. Es reicht nicht die ausgedünnte, pragmatische Verständigung des Ausklammerns (tatsächlicher Vorbehalte und Vorurteile) für kurzfristige Minimalziele. Versöhnung meint mehr. Sie gründet im christlich-biblischen Sinn in Umkehr und das heißt, die Abkehr von den eigenen Ideologien, Vorurteilen, vor allem den Feindbildern.

Versöhnung heißt: die sympathetische Annahme der Erfahrungen des Anderen. Das kostet Mühe, erspart uns nicht Irritationen, bringt vielleicht gar neue Verletzungen. Aber nur die Gestalt versöhnten Miteinanders wird weiterreichen als die strategisch-schlaue Interessengemeinschaft. Und das insbesondere dann – ich sage das bewusst in Richtung Europa –, wenn der ökonomische Erfolg nicht mehr so selbstverständlich ist wie in der Vergangenheit und – wie gegenwärtig – die politische Situation heillos verfahren und die Politiker ratlos erscheinen. Die Gestalt versöhnten Miteinanders reicht weiter! Es geht um wirkliches Einlassen aufeinander, auch auf die Verletzungen und Verwundungen in der gemeinsamen Geschichte. Versöhnung könnte ja nicht gelingen, wo verdrängt würde, was versöhnungsbedürftig ist, wenn nicht wahrgenommen würde, was so nicht bleiben darf.

Versöhnung meint doch mehr als „Entschuldigung“, Versöhnung meint ja viel mehr: Nämlich, die Beziehung soll wieder aufgenommen, geheilt werden, um miteinander die gemeinsame Zukunft zu gestalten. „Versöhnung“ kann doch nicht folgenlos bleiben. Insofern ist das neue Europa, die EU, gleichsam Testfall für das Gelingen der Versöhnung und darauf gründender wirklicher Solidarität, die auch nicht vor schmerzhaften finanziellen Opfern eines Volkes halt machen kann.

Es ist zuviel zwischen unseren Völkern, zwischen den Völkern Europas geschehen (Balkan), als dass wir von der Umkehr zur ehrlichen Versöhnung ablassen könnten.

(3) Zur Aussöhnung der Christen mit der Moderne

Aus Zeitgründen kann es hier nur um einen wen auch zentralen Aspekt dieser umfassenden Thematik gehen, die Papst Paul VI. als das Drama der Neuzeit bezeichnet hat, nämlich die Trennung von Christentum und moderner Kultur. Unser Europa ist ja geprägt durch einen lang andauernden Prozess der Trennung oder besser Differenzierung von Staat und Gesellschaft, Privat und Öffentlich, Staat und Religion, in die geistliche und die weltliche Sphäre. Diese Differenzierung mündet in die Ausprägung eines demokratischen Rechtsstaates, in die Entfaltung eines liberalen Marktverständnisses und in zivilgesellschaftliche Offenheit. Wir sprechen von einem langen Prozess der Säkularisierung, die in der Aufklärung begründet gesehen wird, deren Impulse selbst wiederum im Christentum wurzeln. Es hat sich in diesem Prozess ein spezifisches Zueinander des Religiösen und des Politischen entwickelt: Der säkulare

Staat versichert sich durchaus der religiösen (christlichen) Hintergrundannahmen seines Gesellschaftsmodells: Die früh-neuzeitlichen „Gründungsurkunden“ der Säkularisierung, etwa Hobbes „Leviathan“ oder Lockes „Brief über Toleranz“ setzen durchgängig den kulturell-christlichen Hintergrundkonsens eines Staates voraus und verwahren sich entschieden gegen jeden Atheismus. Die säkulare Gesellschaft bedarf also in ihren Regeln und Verträgen durchgängig des Rückgriffs auf religiöse Kernannahmen: Man kann einem Modell von „Sozialer Marktwirtschaft, das für das lateinische Kontinentaleuropa leitend ist, nicht entwerfen, ohne den Rückgriff auf ein Menschenbild, das wesentliche christliche Grundaxiome, etwa hinsichtlich Individualität und Sozialität, enthält.

Die weltweiten Auseinandersetzungen heute sind keineswegs vorrangig religiöser Natur, wie manche Kreuzzugsrhetorik insinuiert, sondern es sind Auseinandersetzungen in dem Prozess der Säkularisierung, um die Frage der Integration von Religion in die Moderne. Das Misslingen solcher Integration, solcher Aussöhnung, haben wir am 11. September schrecklich vor Augen geführt bekommen.

Der Entwurf einer europäischen Verfassung könnte beispielgebend für eine solche Aussöhnung – und damit für Europas Rolle in der Welt – sein.

Zunächst aber selbstkritisch dies: In der Frage des Verhältnisses von Religion und Politik leben wir Europäer auf verbrannter Erde:

Spätestens seit der Zerstörung Konstantinopels 1204, seit den Kreuzzügen gegen Katharer und Albigenser, seit dem 30-jährigen Krieg, bis hin zu Jugoslawien und Irland hat Religion ihre politische Unschuld verloren.

Darum muss man aber – gerade im Blick auf die europäische Geschichte – die humane und humanisierende Relevanz eines öffentlichen Status der Religion und damit eine aussöhnende Anknüpfung von Politik und Religion nachweisen. Man muss öffentliche Religion als humane Ressource auch einer säkularisierten und pluralistischen Gesellschaft aufweisen.

Das soll in drei Thesen, ausgehend von einem Gottesbezug in einer zukünftigen europäischen Verfassung, geschehen:

Erste These:

Der Gottesbezug einer Verfassung ist für pluralistische und säkulare Gesellschaften eine Bürgschaft gegen Totalitarismen.

Dies scheint mir in zweifacher Hinsicht von humaner Bedeutung zu sein. Einmal ist gar nicht klar, ob nicht demokratische Prozeduren und ihr legitimatorischer Prozeduralismus dahin tendieren, gleichsam subjektlos, demokratisch analphabetisch, am Ende totalitär zu werden. Wer

garantiert eigentlich, dass die prozedural legitimierte Entscheidung nicht doch in die gentechnologische Manipulation und Unterwerfung des uns anvertrauten Menschen führt? Zum anderen: Die beschleunigten Entwicklungen der wissenschaftlich-technischen Welt sind heute so tiefgreifend, dass sie unmittelbar und radikal in das normativ überlieferte Konzept menschlicher Freiheit und gerechter Gesellschaften eingreifen. Könnten Gesellschaften nicht gerade dadurch ihren freiheitsverbürgenden Primat der Politik sichern, indem sie auf die religiösen Intuitionen vertrauen und sie als Bürgen dieses Primats in Anspruch nehmen?

Die amerikanische Politiktheoretikerin Agnes Heller, Inhaberin des Hannah-Arendt-Lehrstuhls in New York, hat die bürgerschaftliche Bedeutung des Gottesbezugs in einer Verfassung im Bild des „leeren Stuhls“ entfaltet: „Der leere Stuhl [der Gottesbezug] wartet auf den Messias. Wenn jemand diesen Stuhl besetzt, kann man sicher sein: es handelt sich dabei um einen pervertierten oder verlogenen Messias. Wenn jemand den Stuhl wegnimmt, dann ist die Vorführung zu Ende, und der Geist wird die Gemeinde verlassen. Die Politik kann diesen unbesetzten Stuhl nicht gebrauchen; aber solange man diesen Stuhl belässt, wo er ist, genau dort im Zentrum des Raumes, wo er in seiner warnenden, vielleicht sogar pathetischen Leere fixiert bleibt, müssen die politischen Handlungsträger sein Dasein immer noch in Rechnung stellen.“

Ein solcher gottesbezüglicher Verweis übersteigt jeden demokratischen Konsens und wird ihn kritisch zu befragen suchen auf seine menschenrechtliche Substanz. Hierfür hat öffentliche Religion in der Moderne zu bürgen.

Zweite These:

Der Gottesbezug einer Verfassung ist identitätsstiftender Aufruf der Vergangenheit.

Dabei geht es nicht um die Repristinierung vormoderner Gesellschaftsformationen, das wäre die traditionalistische Variante oder der fundamentalistische Exzess des 11. September. Es geht vielmehr um die Bewahrung europäischen Gedächtnisses. Dieses Gedächtnis ist Vergewärtigung fremden Leids. Insofern ist der Gott einer europäischen Verfassung allemal der Gott, der in Auschwitz angerufen wurde, allemal der Gott, in den Muslime der Reconquista in Spanien hineingestorben sind, allemal der Gott, der sich den von europäischen Kolonialmächten Ermordeten zugewandt hat. Der Schrei des Schema Israel in Auschwitz hallt durch ganz Europa und ist bis heute nicht verhallt. Diese Anrufung des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs der der Gott, und Vater Jesu Christi ist, diese Anrufung aus den Gaskammern zur Privatsache zu erklären, halte ich für einen späten, grausamen Zynismus. Um der Würde dieses Gedächtnisses, in dem Christen, Juden und Muslime eine gemeinsame Identität zu formulieren haben, muss es einen Gottesbezug in der Verfassung geben: um der Autorität der Leidenden willen!

Dritte These:

Der Gottesbezug einer Verfassung ist Anrufung einer anderen Zukunft Europas.

Damit meine ich vor allem den normativen Verweis auf jenen menschenrechtlichen Universalismus, von dem Europa sich selbst zu oft dispensiert hat. Die Verspätung Europas in Jugoslawien, das koloniale Gestikulieren einzelner westeuropäischer Politiker gegenüber Osteuropa, der ökonomische Ruin Afrikas geben von solcher Politik klammheimlicher Dispensen von universalen Werten bis heute Zeugnis. In einem Gottesbezug der Verfassung wäre eine andere Zukunft Europas angerufen, eine zumindest, die Zukunft nicht als bloße Verlängerung der Gegenwart begreift, nicht bloß als Ausbau bestehender ökonomischer und ideologischer Dominanzen, sondern als der uns entgegenkommende Anruf einer anderen, wirklich universalen Solidarität.

Gehört das nicht auch zum Versöhnungsdienst europäischer Christen: Der kritisch-konstruktive Dialog zwischen Religion und Moderne!

zurück